



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Kreisausschusses

Sitzungsdatum: Montag, 10.03.2014
Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:55 Uhr
Ort: Sitzungszimmer des Landratsamtes Kronach

Anwesend sind:

Vorsitzender

Marr, Oswald anwesend bis 11:46 Uhr

Mitglieder CSU-Fraktion

Pfadenhauer, Horst anwesend bis 11:45 Uhr
Rubel, Albert
Weber, Gabriele
Wich, Markus

Mitglieder SPD-Fraktion

Ehrhardt, Timo anwesend bis 11:25 Uhr
Pohl, Ralf Dr.
Rauh, Richard
Raum, Manfred anwesend bis 11:47 Uhr

Mitglieder Freie-Wähler-Fraktion

Beiergrößlein, Wolfgang anwesend bis 10:55 Uhr
Hänel, Peter

Mitglieder Frauenliste

Steinhäuser, Ingrid

Schriftführer/in

Welsch, Sonja

Referenten

Krahl, Jürgen Prof. Dr.

Entschuldigt sind:

Mitglieder CSU-Fraktion

Klinger, Peter Vertreter für Klaus Löffler, kurzfristig ebenfalls
entschuldigt
Löffler, Klaus

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|----------|--|--------------------|
| 1 | Informationen | |
| 2 | TAC- Hochschule Coburg - Verlängerung der Förderung | 14/004/2014 |
| 3 | Feststellung der Jahresrechnung 2012 des Landkreises Kronach | 03/003/2014 |
| 4 | Haushaltssatzung 2014 nebst Anlagen; Finanzplan für die Jahre 2013 - 2017 | 11/044/2014 |
| 5 | Vorkaufsrecht der nicht betriebsnotwendigen Grundstücke der Frankenwaldklinik - Antrag der Frauenliste | 11/042/2014 |
| 6 | Erhöhung der Gebühren für Feldgeschworene | 34/004/2014 |
| 7 | Unvorhergesehenes | |
| 8 | Anfragen und Sonstiges | |

Landrat Oswald Marr eröffnet um 09:00 Uhr die Sitzung des Kreisausschusses. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Informationen

Landrat Oswald Marr informierte in Bezug auf den Gebäudeverkauf der Fa. Loewe an die Stadt Kronach darüber, dass der Landkreis als Gebietskörperschaft hier nicht mit betroffen sei.

Ebenso erteilte er, aufgrund der Nachfrage von Timo Erhardt in einer der letzten Kreisausschusssitzungen, ob eine Probeeinschreibung für die FOS am Rennsteig möglich wäre, dass zwischenzeitlich ein Schreiben des Ministeriums in dieser Angelegenheit vorläge, welches besage, dass eine Probeeinschreibung für eine private Schule nicht möglich sei.

TOP 2 TAC- Hochschule Coburg - Verlängerung der Förderung

Prof. Dr. Jürgen Krahl, von der Fachhochschule Coburg informierte über den aktuellen Sachstand und die zukünftige Planung des TAC (Technologietransferzentrum Automotive der Hochschule Coburg)

Sachverhalt:

Mit Beschluss des Kreis Ausschusses vom 11.04.2005 hat der Landkreis Kronach eine finanzielle Beteiligung für das TAC Technologietransferzentrum Automotive der Hochschule Coburg in Höhe von 75.000 € zugesagt. Die Förderung bezog sich auf eine fünfjährige Aufbauphase des TAC und wurde für den Zeitraum 2007 bis 2011 gewährt. Die Landkreise Coburg und Lichtenfels beteiligten sich im gleichen Umfang, während die Stadt Coburg eine Förderung in doppelter Höhe übernahm. Nachdem sich der Freistaat aus seiner in Aussicht gestellten Förderung zurückgezogen hatte, ist die Oberfrankenstiftung entsprechend eingesprungen. Für die fünfjährige Anschub-Förderphase konnte schließlich eine 1 ½-jährige kostenneutrale Projektverlängerung bis Ende Oktober 2013 erreicht werden. Im Rahmen seiner Weiterführung hat das TAC bei der Oberfrankenstiftung für den Zeitraum 01.11.2013 bis 31.10.2016 (dreijährige Stabilisierungsphase) eine Förderung beantragt.

Ende 2013 ist das TAC auf den Landkreis Kronach zugekommen mit der Bitte, die dreijährige Stabilisierungsphase mit jährlich 12.500 bzw. im Institutsrat am 05.02.2014 korrigiert auf 15.000 € zu fördern, nachdem sich in gleicher Höhe auch Stadt und Landkreis Coburg beteiligen. Der Landkreis Lichtenfels ist inzwischen aus der Förderung ausgestiegen.

Das TAC begründet seine überörtliche Bedeutung vor allem damit, dass bislang 48 wissenschaftlich-technische Projekte abgeschlossen werden konnten, wovon 40 wirtschaftliche Projekte in Zusammenarbeit mit Unternehmen waren, die größtenteils (85 %) regionalen Bezug hatten. Die nochmals beantragte kommunale Förderung für die Stabilisierungsphase soll dazu beitragen, dass

- neue Fachressorts aufgebaut werden

- Forschungslabore weiter ausgebaut werden
- eine Steigerung der Anzahl regionaler und überregionaler Projekte mit der Wirtschaft gesichert werden kann
- dem Weiterbildungs- und Informationsauftrag in höherem Umfang nachgekommen werden kann
- dem Fachkräftemangel in der Region entgegengewirkt werden kann
- ein wichtiger Beitrag zur Standortbindung geleistet werden kann.

Die Frage von Ingrid Steinhäuser nach den Gründen für den Ausstieg von Lichtenfels aus dem Projekt, konnte Herr K. nicht beantworten, da er dies, n.s.A. auch nur aus der Zeitung erfahren habe.

Auf Nachfrage von Albert Rubel, wie viel Kronacher Firmen am TAC teilgenommen haben, teilte Herr Krahl mit, dass es mehrere Anfragen von Kronacher Unternehmen gegeben hätte, Projekte wurden tatsächlich aber nur mit zwei Firmen durchgeführt.

Dr. Ralf Pohl interessierte sich dafür, in wie fern mit Unternehmen kommuniziert werde, um diese über die bestehenden Angebote zu informieren.

Dr. Krahl gab zu erkennen, dass in dieser Hinsicht sehr viel seitens des TAC getan werde, z.B. Einladungen für Weiterbildungsangebote, Einschalten der Presse, Veröffentlichungen in IHK-Zeitungen, etc.

Richard Rauh teilte dem Gremium seine Skepsis gegenüber einer Verlängerung des Projektes mit, so wurde zuerst eine Anschubfinanzierung gefordert, jetzt müsse man eine Stabilisierungsphase finanziell unterstützen, die anschließende Benennung sei noch offen. Man solle auch bedenken warum sich Lichtenfels ausgeklinkt und der Freistaat nicht eingeschaltet habe.

Prof. Dr. Krahl erläuterte dazu dass u.a. auch eine gewisse Infrastruktur, z.B. Personal aufrecht erhalten werden müsse und dies natürlich auch Kosten verursache, die neben den eigentlichen Projektinhalten ebenso zu decken seien.

➤ **Beschluss:**

Der Landkreis Kronach beteiligt sich an der dreijährigen Stabilisierungsphase des TAC der Hochschule Coburg und stellt für 2014 bis 2016 jährlich einen Betrag in Höhe von 15.000 € zur Verfügung.

ungeändert beschlossen

Ja 11 Nein 0 Anwesend 11

TOP 3 Feststellung der Jahresrechnung 2012 des Landkreises Kronach

Sachverhalt:

Es ist beabsichtigt, den Bericht über die örtliche Rechnungsprüfung 2012 beim Landkreis Kronach noch vom alten Kreistag feststellen zu lassen, insbesondere auch deshalb, weil einige Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses nicht mehr für den neuen Kreistag kandidieren. Der Bericht liegt zum Termin der Kreisausschuss-Sitzung

am 10.03.2014 jedoch noch nicht vor. Er wird Ende März im Rechnungsprüfungsausschuss behandelt. Da dann vor der nächsten Sitzung des Kreistages am 07.04.2014 keine Sitzung des Kreisausschusses mehr stattfindet, wird vorgeschlagen, den Bericht 2012 ausnahmsweise ohne Vorberatung und Beschlussfassung des Kreisausschusses im Kreistag zu behandeln und festzustellen.

➤ **Beschluss:**

Der Kreisausschuss ist damit einverstanden, dass der Bericht über die örtliche Rechnungsprüfung 2012 beim Landkreis Kronach ohne Vorberatung im Kreisausschuss gleich im Kreistag festgestellt und die Entlastung erteilt wird.

ungeändert beschlossen

Ja 11 Nein 0 Anwesend 11

TOP 4 Haushaltssatzung 2014 nebst Anlagen; Finanzplan für die Jahre 2013 - 2017

Kreiskämmerer Günther Daum informierte das Gremium über den Haushalt 2014:

Haushalt 2014 – Kurzfassung – Stand 05.03.2014

- I.) Der vorgelegte Haushaltsentwurf basiert auf einem **Kreisumlage-Hebesatz** von **44 v. H.** Aus heutiger Sicht wird dies vermutlich im Jahr 2014 der niedrigste Kreisumlagehebesatz in Oberfranken sein.

Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine **Absenkung** des Hebesatzes **um 3 Punkte**.

- II.) Die **Umlagekraft** des Landkreises, in der sich die gemeindliche Einnahmeentwicklung widerspiegelt, steigt um **5,3 %** auf **59,15 Mio.** Euro.

	2013	2014	Veränderung z. Vorjahr	
	in Mio €		in Mio €	in %
Umlagekraft				
Umlagekraft Kreisumlage	56,18	59,15	2,98	5,30%
Umlagekraft Bezirksumlage	56,19	59,16	2,97	5,29%

Ursächlich hierfür sind:

- a.) Die Zunahme der gemeindlichen **Steuereinnahmen 2012**, die im Jahr 2014 zu einer um 2,6 Mio. Euro erhöhten Steuerkraft führten.
 b.) Die um 500 Tsd. Euro erhöhten **Gemeinde-Schlüsselzuweisungen 2013**.

Die Steigerungsrate der Umlagekraft entspricht exakt dem oberfränkischen Landkreisdurchschnitt von 5,3 % und liegt knapp unter der landesweiten Entwicklung von 5,8 %.

- III.) Der **Bezirksumlage-Hebesatz** wurde um **1,3 Punkt** auf **19,4 Punkte** abgesenkt. Die Zahl- last der Bezirksumlage sinkt hierdurch um 150 Tsd. Euro auf 11,5 Mio. Euro.

IV.) Das Haushaltsvolumen (Ausgaben) erhöht sich um 3,9 Mio. Euro, bzw. 6,2 %. Rund **1 Mio. Euro** hiervon entfallen auf den **Verwaltungs-Haushalt**, der eine Steigerung von 1,9 % ausweist.

	2013	2014	Veränderung z. Vorjahr	
	in Mio €		in Mio €	in %
Haushaltsvolumen in Mio. Euro				
Verwaltungshaushalt (Ausgaben)	51,66	52,65	0,99	1,9%
Vermögenshaushalt	12,41	15,37	2,95	23,8%
Gesamthaushalt	64,07	68,01	3,94	6,2%

Die Mehrausgaben beruhen insbesondere auf folgenden Ausgabepositionen:

- Den Personalkosten + 607 Tsd. Euro
- Der Krankenhausumlage + 248 Tsd. Euro
- Dem ÖPNV + 108 Tsd. Euro
- Der Containermiete Berufsschule + 75 Tsd. Euro

V.) Bei den allgemeinen **Finanzausgleichsleistungen** ergibt sich - auf der Basis eines Kreisumlagehebesatzes von 44,0 Punkten - im **Saldo** eine **Haushaltsverschlechterung** in Höhe von ca. **140 Tsd. Euro**.

	2013	2014	Veränderung z. Vorjahr	
	in Mio €		in Mio €	in %
Finanzausgleich (KU = 44,0 Pkt; BU = 19,4 Pkt.)				
Kreisumlage (44,0 Pkt.)	26,40	26,03	-0,38	-1,43%
"Hartz"-Ausgleich	0,00	0,00	0,00	
Schlüsselzuweisung	9,30	9,63	0,33	3,6%
Summe Einnahmen	35,70	35,66	-0,04	-0,12%
Bezirkumlage (19,4 Pkt.)	11,63	11,48	-0,15	-1,3%
Krankenhausumlage	1,01	1,26	0,25	24,6%
Summe Ausgaben	12,64	12,73	0,09	0,8%
Verbleibender Lkr.-Anteil	23,06	22,93	-0,14	-0,6%

Auf Grund der Hebesatzsenkung um 3 Punkte sinkt, trotz gesteigener Steuer- und Umlagekraft, die **Kreisumlagebelastung** der Gemeinden um **376 Tsd. Euro**.

Der Wegfall der örtlichen Beteiligung bei Krankenhausbaumaßnahmen ist mit einer Erhöhung der **Krankenhausumlage** um **248 Tsd. €** auf über **1,26 Mio. €** verbunden.

Die **Landkreis-Schlüsselzuweisungen** belaufen sich **9,63 Mio. Euro**. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Verbesserung in Höhe von 334 Tsd. Euro. Dies ist vor allem der um 85 Mio. Euro gestiegenen Verteilmasse zu verdanken.

Die Zahllast der **Bezirkumlage** vermindert sich um **150 Tsd. €** auf **11,6 Mio. €**

Der Bezirkumlage-Hebesatz liegt trotz der Senkung um 1,3 Punkte immer noch um 5,4 Punkte über dem Wert von 2009 (14 Punkte). Hätte der **Land-kreis** seinen Hebesatz im **gleichen Umfang angehoben**, so **müsste** im **Jahr 2014** ein Kreisumlage-Hebesatz von **49,4 Punkten** festgesetzt werden.

Hebesatzveränderung Vergleich Bezirk - Landkreis			
Hebesatz-Erhöhung Bezirk Oberfranken		Hebesatz-Veränderung Landkreis Kronach	
2010	Plus 2,0 Pkt.	2010	Plus 0,0 Pkt.
2011	Plus 3,9 Pkt.	2011	Plus 3,5 Pkt.
2012	Plus 1,8 Pkt.	2012	Plus 1,0 Pkt.
2013	Minus 1,0 Pkt.	2013	Minus 1,5 Pkt.
2014	Minus 1,3 Pkt.	2013	Minus 3,0 Pkt.
Insgesamt:	Plus 5,4 Pkt.	Insgesamt:	Plus/Minus 0,0 Pkt.
Der Zahlbetrag je Punkt Bezirks- und Kreisumlage ist faktisch gleich			

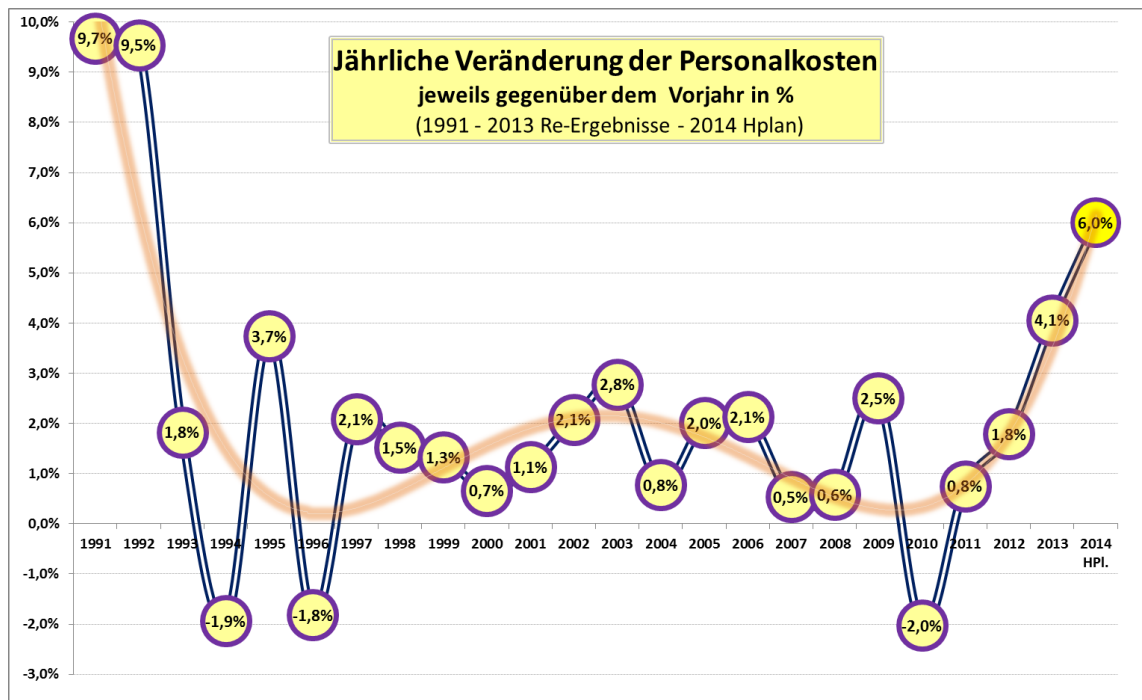
VI.) Personalaufwand

Der **Personalaufwand** steigt um rund **607 Tsd. Euro**, bzw. **6 %** auf 10,8 Mio. €. Die geplante Personalkostensteigerung liegt damit sowohl deutlich über der Entwicklung der fixen steuerlichen Einnahmen, als auch – und das zum zweiten- mal in Folge - über der veranschlagten Tarifierhöhung.

- | | | |
|---|--------------|--------|
| a.) Entwicklung der fixen steuerlichen Einnahmen
(Kreisumlage, Schlüsselzuweisung, Pro-Kopf-Beträge) | Minus | 0,14 % |
| b.) Veranschlagte Tarifierhöhung | Plus | 3,0 % |
| c.) Personalkostensteigerung | Plus | 6,0 % |

Dies ist insoweit bedenklich, weil der Landkreis immer noch deutlich überdurchschnittliche Personalkosten aufweist:

- | | | |
|--|-------------|---------|
| o Landesdurchschnitt 2012 je Einwohner | 121,14 Euro | 100,0 % |
| o Landkreis Lichtenfels 2012 | 125,55 Euro | 103,6 % |
| o Landkreis Kronach 2012 | 138,78 Euro | 114,6 % |



Der ungebremsste Anstieg der Personalkosten in den Jahren 1985 – 1993 hat den Landkreis an den Rand der Handlungsunfähigkeit geführt.

Überhöhte Personalkosten waren auch die Hauptursache für die hohen Klinikverluste und den Verkauf der Frankwaldklinik.

Zur Erhaltung der kommunalen Investitions- und Handlungsfähigkeit muss deshalb in Fortsetzung des seit 1993 eingeschlagenen Konsolidierungskurses auch in Zukunft auf einen **effizienten Personaleinsatz** geachtet werden.

Dabei ist zu bedenken, dass der Landkreis jährlich rund 1 % seiner Einwohner verliert. Konsequenterweise bedeutet dies, dass - rein rechnerisch - allein **zur Erhaltung des Status quo**, der Personalstand der Kreisverwaltung **jährlich** um ca. **2 Vollkräfte vermindert** werden müsste.

Für die Pensions- und Beihilfebelastungen der Frankwaldklinik müssen nach wie vor rund 300 Tsd. Euro aufgewendet werden.

VII.) Weitere Kostensteigerungen/Einnahmeminderungen im Vw.-Haushalt:

- Im Hinblick auf die Überarbeitung des ÖPNV-Konzeptes, erhöhte Fehlbetragsabdeckungen und punktuelle Verbesserungen wurde der **ÖPNV-Ansatz** um **108 Tsd. Euro** erhöht.
- Infolge der Auslagerung der Verwaltung der Berufsschule mussten **75 Tsd. €** für **Containermieten** an der Berufsschule veranschlagt werden.
- Gleichfalls angehoben wurden die Ansätze für den **Gebäudeunterhalt** an der **Berufsschule** (+ 57 Tsd. Euro). Begründet ist dies durch die Verlagerung der Verwaltung (Umverlegung von Netzwerk, Telefon- und Brandmeldeanlage, etc.) und die geplanten Umbaumaßnahmen im Kfz-Bereich.
- Im Hinblick auf die anstehenden **Kommunalwahlen** wurde ein HH-Ansatz in Höhe von **60 Tsd. Euro** gebildet.

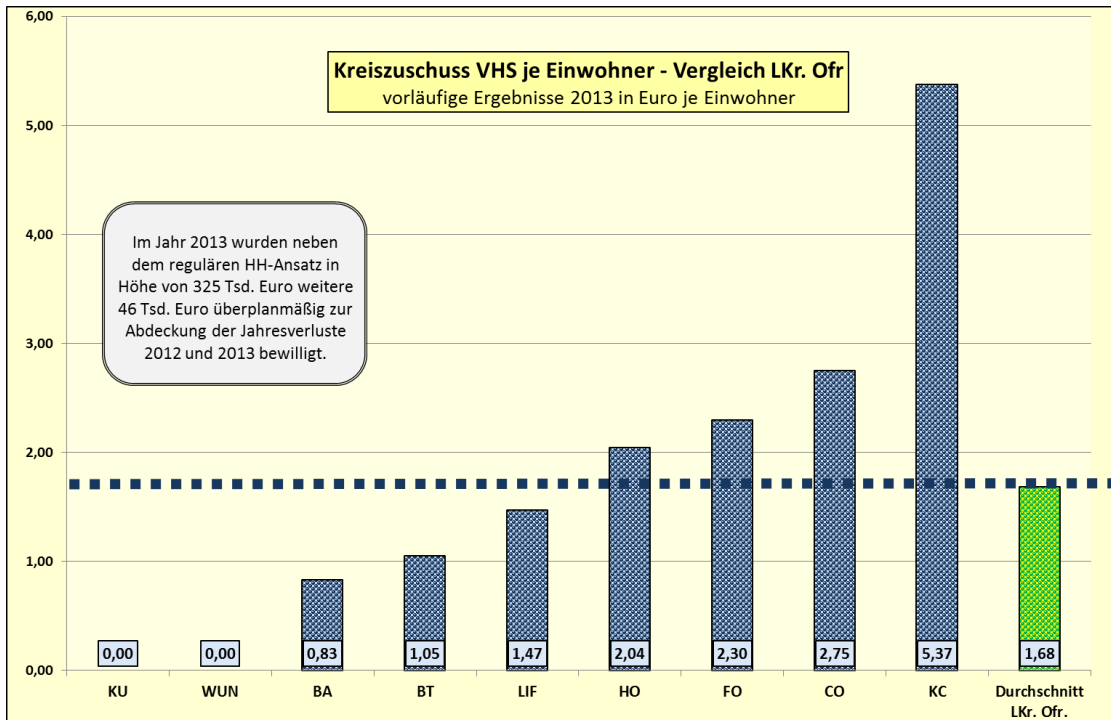
- **60 Tsd. Euro** wurden auch für den Betrieb einer **technisch-taktischen Betriebsstelle** im Nachgang zur **Einführung des Digitalfunks** veranschlagt. Hier liegen allerdings bisher weder belastbare Zahlen noch konkrete Planungen vor.
- Wegen des Einbaus eines neuen **Ölabscheiders** im **Bauhof Süd** wurde die Mittel für den Bauunterhalt um **50 Tsd. Euro** auf 70 Tsd. Euro erhöht.
- Im Zuge der Generalsanierung der **Kreisbibliothek** fallen im Jahr 2014 für die Fremdmieten, Umzugskosten und die RFID-Erst-Etikettierung **Einmalkosten** in Höhe von insgesamt rund **50 Tsd. Euro** an.
- Der Zuschussbedarf für die **Berufsfachschule für Musik** steigt, trotz knapper Veranschlagung, um **40 Tsd. Euro** auf **525 Tsd. Euro**. Besonders bemerkenswert ist, dass im Bereich der Berufsfachschule für Musik trotz der stark rückläufigen, um ca. 25 % verminderten Schülerzahl, die Anzahl der Lehrerstunden nur leicht, um 5,5 %, gesunken ist.

Berufsfachschule für Musik						
Vergleich der Schülerzahlen und der Lehrerwochenstunden mit dem Vorjahr						
Schuljahr	Anzahl Schüler	Veränderung z. Vorjahr		Anzahl Lehrerwochenstunden	Veränderung z. Vorjahr	
		absolut	in %		absolut	in %
Schuljahr 2012/13	61			321,35		
Schuljahr 2013/14	46	-15	-25%	303,67	-17,68	-5,5%

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass der **Bezirk Oberfranken** als weiterer Kostenträger bereits im Vorjahr eine **Budget-deckelung** der Einrichtung auf 500 Tsd. € vehement eingefordert hat.

- Der Ansatz des **VHS-Zuschusses** wurde nochmals um 10 Tsd. Euro, auf **335 Tsd. Euro** erhöht. Gegenüber dem Jahr 2008 (166 Tsd. Euro) hat sich der Kreiszuschuss damit verdoppelt.

Der Landkreis trägt damit sowohl absolut, als auch gewichtet je Einwohner im oberfränkischen Vergleich den weitaus höchsten Aufwand je Einwohner.



- Der Zuschussbedarf für die **Schülerbeförderung** wurde um **59 Tsd.** auf **760 Tsd. Euro** vermindert. Die Ausgaben belaufen sich auf 2,17 Mio. Euro, die Einnahmen auf 1,41 Mio. Euro.
- Bei den **Gastschulbeiträgen** wurden 1,038 Mio. Euro Ausgaben und 424 Tsd. Euro an Einnahmen eingeplant. Im **Saldo** ist dies gegenüber dem Vorjahr eine **Verbesserung** um **knapp 100 Tsd. Euro**. Ein-schränkend ist hier anzumerken, dass diese Ausgaben nur grob geschätzt, aber nicht beeinflusst werden können, da sie vom Ausgabeverhalten anderer Kommunen abhängig sind.
- Der Zuschuss an die **FOS am Rennsteig** ist entsprechend dem KA-Beschluss mit 100 Tsd. Euro veranschlagt (Vorjahr 125 Tsd. Euro).
- Der Aufwand für die **Altlastenerkundung** im UA 7200 wurde um 64 Tsd. Euro und damit deutlich spürbar auf 10 Tsd. Euro reduziert.
- Besonders erfreulich ist die Entwicklung bei den **Zinsausgaben**. Der Haushaltsansatz konnte gegenüber dem Vorjahr nochmals um **190 Tsd. Euro** auf **340 Tsd. Euro abge-senkt** werden.

Im **Vergleich** zum **Jahr 2006** mit einer Zinsbelastung in Höhe von 1,43 Mio. Euro bedeutet dies eine **Entlastung** um rund **1,1 Mio. Euro**.

Einerseits ist dies den **günstigen Kapitalmarktkonditionen**, andererseits dem spürbaren Abbau der Kreisverschuldung um rund 20 Mio. Euro zu verdanken.

VIII.) Beim Zuschussbedarf im **Sozialbereich** wird, in der Summe, von einer **Minderung** um rund **400 Tsd. €** ausgegangen.

	2013	2014	Veränderung z. Vorjahr	
	in Mio €		in Mio €	in %
Zuschussbedarf Sozialbereich (o. Pers-Kosten u. o. Bezirksumlage) in Mio. Euro				
Sozialhilfe örtl. Träger	0,52	0,60	0,07	14,1%
Grundsicherung Nichterwerbsfähige	0,41	0,00	-0,41	-100,0%
SGB II - "Hartz IV" + Bildungspaket (o. Ausgl)	2,45	2,39	-0,06	-2,6%
Jugendhilfe örtl. Träger	2,75	2,73	-0,02	-0,7%
Sozialbereich gesamt:	6,13	5,72	-0,413	-6,7%

Die Entlastung im Sozialbereich mit rund 400 Tsd. Euro beruht in der Hauptsache auf der **vollständigen Übernahme** des **Grundsicherungs-aufwandes** für **Erwerbsunfähige** durch den Bund.

Im Bereich der klassischen Sozialhilfe wird eine Ausgabesteigerung um 75 Tsd. Euro erwartet, die auf den Anstieg der Hilfeempfängerzahlen mit lfd. Leistungen (i. d. R. HE mit Renten auf Zeit) zurückzuführen ist.

Der **Zuschussbedarf** im Bereich des **SGB II** (Grundsicherung Erwerbsfähige) wurde trotz minimal gestiegener Hilfeempfängerzahlen leicht auf **2,4 Mio. €** vermindert. Dieser Ansatz ist nur bei guter Arbeitsmarktlage einhaltbar.

Die **Jugendhilfeansätze** wurden gegenüber dem Vorjahr marginal abge-senkt. Der Zuschussbedarf ist mit **2,73 Mio. €** veranschlagt. Die Jugendhilfe-belastung des Landkreises ist im interkommunalen Vergleich relativ niedrig.

Während sich der Zuschussbedarf bei der **Eingliederungshilfe** für **seelisch Behinderte** um 100 Tsd. Euro (auf 489 Tsd. Euro) und der Schulsozialarbeit um 40 Tsd. Euro erhöht hat, konnte im **Pflegekinderbereich** (Minus 95 Tsd. Euro, auf 410 Tsd. Euro) und bei der **Heimunterbringung** (Minus 40 Tsd. Euro auf 390 Tsd. Euro) der Finanzbedarf reduziert werden.

Ein hoher, jedoch gegenüber dem Vorjahr nur wenig veränderter Zuschuss-bedarf besteht noch bei der Übernahme von **Kiga-Beiträgen** (455 Tsd. Euro), der Erziehung in einer **heilpädagogischen Tagesstätte** (239 Tsd. Euro) und der **Erziehungsberatungsstelle** (220 Tsd. Euro).

IX.) Sonstiges

Die bereits im Vorjahr deutlich erhöhten Ansätze für den **Straßenunterhalt** (Fremdleistungen ohne Winterdienst und Fuhrpark) wurden nochmals moderat auf **760 Tsd. Euro** angehoben. Insgesamt stehen im Verwaltungshaushalt rund **2,3 Mio. Euro** für den Kreisstraßenbereich zur Verfügung.

Im Bereich der **Abfallwirtschaft** ist wird im Nachgang zur beschlossenen Gebührensenkung um rund 17 % die Abfallrücklage abgebaut. Im Jahr 2014 ist eine Rücklagenentnahme von rund 400 Tsd. Euro eingeplant.

Für den **Kapitaldienst** sind **3,14 Mio. Euro** veranschlagt. Auf die freundliche Entwicklung bezüglich der Zinsbelastung (Minus 190 Tsd. Euro) wurde bereits hingewiesen.

Kapitalkosten in Mio. Euro				
Zinsen	0,53	0,34	-0,19	-35,8%
Tilgung	2,65	2,80	0,15	5,7%
Schuldendiensthilfen	0,00	0,00	0,00	
Kapitaldienst (selbst getragen)	3,18	3,14	-0,04	-1,3%

X.) Bedarfszuweisung/Kostenaufkommen

Die Bedarfszuweisung wurde mit 400 Tsd. Euro, das Kostenaufkommen optimistisch mit 1,34 Mio. Euro veranschlagt.

XI.) Im Haushaltsentwurf sind **Investitionsmaßnahmen** in Höhe von rund **12 Mio. Euro** veranschlagt, die allerdings, in bewährter Weise, teilweise auch bereits den Investitionsbedarf für die ersten Monate des Jahres 2015 mit abdecken. Zum Teil wird wie in den Vorjahren auch auf Haushaltsausgabe- und -Einnahmereste zurückgegriffen.

Die Investitionsschwerpunkte liegen mit 5,5 Mio. Euro erneut im Schulbereich. Hervorzuheben sind:

- Die Fortführung der **Generalsanierungsmaßnahme KZG** mit rund **2,65 Mio. Euro**. Im Jahr 2014 ist die planmäßige Fertigstellung des BA III (Mittelbau) vorgesehen, der ab dem Schuljahr 2014/15 in Betrieb genommen werden soll. Anschließend wird mit dem BA IV fortgefahren dessen Fertigstellung für Mitte 2015 geplant ist (Hauptbau 2., 3. und 4. OG). Wahrscheinlich muss dann die „Containersiedlung“ nochmals um 6 Klassenräume erweitert werden.

Abgeschlossen wird die Maßnahme mit dem **BA IV** (EG und 1. OG Hauptgebäude), der Fertigstellung der **Außenanlagen** und der Neu-konzeptionierung der **Heizzentrale**. Der Abschluss der Maßnahme wird voraussichtlich in den Jahren 2016/17 erfolgen.

- Die **Generalsanierung des Fachklassentraktes** mit **1,5 Mio. €**. Hier ist mit dem Abschluss der Bauarbeiten für den BA II (Chemie, Biologie, Musik, etc..) und der Kreisbibliothek zu rechnen. Der abschließende **BA III** (Verwaltung und Lehrerzimmer FWG) kann vermutlich im Sommer 2015 fertiggestellt werden.

- Für **Schulausstattungen** sind rund **900 Tsd. Euro** vorgesehen. Sie verteilen sich wie folgt:

- 253 Tsd. Euro Regelansätze (\approx 56 Euro/Schüler). Die Schwerpunkte liegen an allen Schulen im Möbel- und EDV-Bereich.
- 150 Tsd. Euro für die Erneuerung der Schulausstattungen im Zusammenhang mit den Generalsanierungsmaßnahmen (je 50 Tsd. Euro für FWG, RS II und KZG)
- Rund 500 Tsd. Euro für Maßnahmen in der Berufsschule, die allerdings teilweise noch der näheren Konkretisierung bedürfen (Antrag E-Mobilität, Tourismusschule Franken, Ersatz rund 40 Jahre alter Dreh- und Fräsmaschinen mit zusammen über 300 Tsd. Euro)

○ Zur Vorbereitung **zukünftiger General-Sanierungsmaßnahmen** an der Berufsschule und den Sportstätten der RS I und des KZG wurden An-sätze für Vorplanungskosten in den Haushalt eingestellt (ca. 200 Tsd. €).

○ Der **Kreiskulturraum** bildet mit **2,1 Mio. €** den zweiten Investitions-schwerpunkt des Kreishaushalts. Der Beginn der Abbrucharbeiten ist für Ende April vorgesehen. Die Verwaltung der Berufsschule wird vor-übergehend in Container ausgelagert. Der Spielbetrieb muss für eine Saison ausgesetzt werden. Bei planmäßigem Bauverlauf wird im Herbst 2015 der Kreiskulturraum wieder für den Spielbetrieb freigegeben.

Insgesamt beläuft sich das Investitionsvolumen auf ca. **5,6 Mio. Euro**. Von der **Oberfrankenstiftung** wurde ein Zuschuss in Höhe von **1,8 Mio. Euro** bewilligt. Die – hoffentlich positive - Entscheidung über die Kulturfondsförderung wird im Sommer 2014 erwartet.

○ Für die **Kreisbibliothek** sind **675 Tsd. Euro** für **Baumaßnahmen** und **172 Tsd. Euro** für **Medien und Ausstattung** eingeplant. Im Zuge der umfassenden Sanierungsarbeiten sind folgende Änderungen vorgesehen:

- Vergrößerung der Nutzflächen und Optimierung des Grundrisses
- Verbesserung der Belichtungssituation
- Neuschaffung eines Vortragsraumes und eines Ausstellungs-bereichs
- Erneuerung der Einrichtung
- Ausweitung des Angebots an EDV- und Online-Arbeitsplätzen
- Installation eines Selbstbucher-Terminals
- Erweiterung des Service-Angebotes und die Online-Ausleihe

Förderanträge wurden an verschiedene Stellen gerichtet, ohne das bislang eine Förderzusage eingegangen ist. Gleichwohl besteht diesbezüglich eine verhalten-optimistische Erwartungshaltung.

Nach den bisherigen Planungen soll die Bibliothek, im neuen Glanz und mit neuen attraktiven Angeboten, mit Schuljahresbeginn 2014/15 wieder an alter Stätte ihren Betrieb aufnehmen.

○ Im **Kreisstraßenbereich** wurden folgende Fördermaßnahmen ver-anschlagt:

- | | |
|-------------------------------------|----------------|
| - KC 23 – Hangsicherung Heinersberg | 875 Tsd. Euro |
| - KC 28 – OD Steinberg | 1,23 Mio. Euro |

Bei der **KC 23** ist bereits die technische Freigabe durch die Regierung von Oberfranken erfolgt, so dass die Maßnahme ausgeschrieben werden könnte.

Bezüglich der **KC 28** muss seitens des Landkreises eine erneute Stellungnahme zur baufachlichen Beurteilung des staatlichen Bauamtes abgegeben und schnellstmöglich an die Förderbehörde weitergeleitet werden (Reg. v. Ofr.) werden. Es bleibt zu hoffen, dass diese, sich seit vielen Jahren in der Planung befindliche Maßnahme noch in diesem Jahr ausgeführt werden kann.

Bereits im letzten Jahr wurden die **Planungen** für die **KC 3** (Steinberg – Gifting), die **KC 16** (Brücke Teichmühle), die **KC 18** (Hirschfeld – Windheim) und die **KC 26** (Lud-

wigsstadt – Steinb./H.) angestoßen. Zur Fortführung dieser Planungsaufträge wurden in den Haushalt nochmals 160 Tsd. Euro eingestellt, damit – eine gesicherte Finanzierung vorausgesetzt - zeitnah Förderanträge eingereicht werden können.

- Für die **Atemschutzübungsanlage** sind **225 Tsd. Euro**, davon 75 Tsd. Euro für Planungsleistungen, in den Haushalt eingestellt. Bei realistischer Betrachtung ist auf Grund des derzeitigen Sachstandes mit einem Baubeginn im Jahr 2014 nicht zu rechnen.
- Die ursprünglich für das Jahr 2013 vorgesehene **Altlastensanierung Seelach** wurde in das Jahr 2014 verschoben. Die Finanzierung der mit **1,7 Mio. Euro** veranschlagten Maßnahme erfolgt über Haushaltseinnahme- und -Ausgabereste.
- Im Bereich der **Abfallwirtschaft** sind – insbesondere im Bereich der Recyclinghöfe - Investitionsmaßnahmen in Höhe von ca. **300 Tsd. Euro** geplant.
- Ein vorsorglicher HH-Ansatz wurde auch für den **Freizeitsee Windheim** gebildet. Inwieweit hier allerdings Investitionsmaßnahmen durchgeführt werden bedarf noch weiterer Vorplanungen und eines gesonderter Gremienbeschlusses.
- Wie alle Jahre enthält der Haushalt noch eine Reihe weiterer kleiner **Investitionsausgaben**. Beispielhaft seien genannt:
 - EDV und Behördennetz (100 Tsd. Euro, bzw. 18 Tsd. Euro)
 - Beschaffungen Bauhof (Stramot-Fahrzeug, Streuer, etc. – 100 Tsd. €)
 - Zuschuss Festung Rosenberg (60 Tsd. Euro)
 - Etc.

XII.) Kreditaufnahmen sind in Höhe von rund **5,9 Mio. Euro** veranschlagt, denen **Tilgungsausgaben** in Höhe von **2,8 Mio. Euro** gegenüberstehen.

Nachdem die Veranschlagung der **HH-Ansätze jahresübergreifend** gestaltet ist kann davon ausgegangen werden, dass bei normalem Verlauf die Kreditermächtigung im **Haushaltsjahr 2014 nicht in voller Höhe** in Anspruch genommen werden muss. (Schu.-Stand vermutlich stagnierend).

XIII.) Jahresrückblick 2013

Grundsätzlich kann von einem **zufrieden stellenden**, teils sogar freundlichen **Haushaltsverlauf** ausgegangen werden. Größere negative Überraschungen blieben weitgehend aus. Signifikante **Haushalts-überschreitungen** entstanden in folgenden Bereichen:

- Gebäudeunterhalt (diverse HH-Stellen – zum T. bereits genehmigt)
- Kreisstraßenunterhalt (ca. 185 Tsd. Euro)
- Breitbandgutachten (ca. 50 Tsd. Euro)
- Bibliothek (Miete und Umzugskosten ca. 45 Tsd. Euro)
- VHS (42 Tsd. Euro)

Wirtschaftlich **positive Entwicklungen:**

Im **Jugendhilfebereich** konnte mit einem Zuschussbedarf in Höhe von 2,2 Mio. Euro erneut ein extrem gutes Ergebnis erzielt werden.

Mit der gewährten **Bedarfszuweisung**, bzw. der **Stabilisierungshilfe** in Höhe von **2 Mio. €** zeigte sich der Freistaat gegenüber dem Landkreis äußerst großzügig.

Im **investiven Bereich** sind insbesondere die großen Fortschritte bei den **Schulbau-maßnahmen** hervorzuheben. Insgesamt wurde ein **Bau-volumen** von ca. **6,5 Mio. Euro** umgesetzt (KZG rd. 3,5 Mio. Euro, Fachklassen-Trakt ca. 3 Mio. Euro).

Weitere rund **200 Tsd. Euro** wurden bei der **Berufsschule** in den **Kfz-Bereich** investiert.

Im Kreisstraßenbereich wurde südlich von Steinbach die Anbindung der **KC 18** an die B 85 umgesetzt (ca. 660 Tsd. Euro).

Die **Hangsicherung** der **KC 23** bei Heinersberg musste leider auf das Jahr 2014 verschoben werden.

Auch die Planungen für die Kreisstraßen 3, 16,18 und 26 kamen eher schleppend voran.

Die **Tonnentauschaktion** im Abfallbereich wurde erfolgreich umgesetzt.

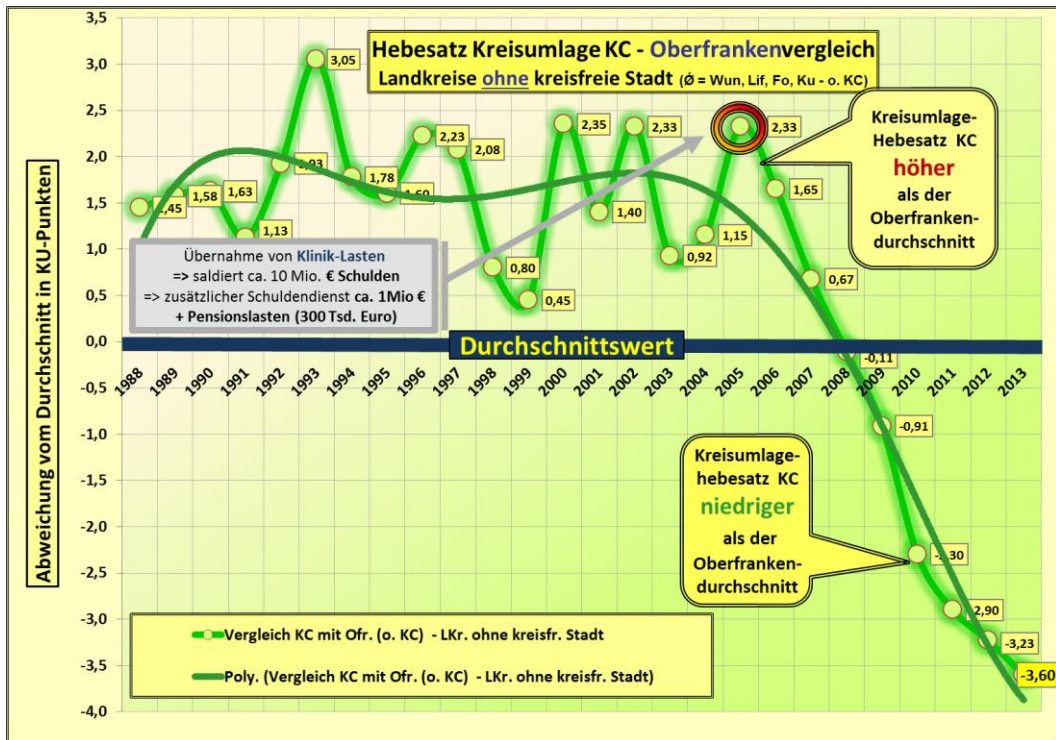
Der **Schuldenstand** konnte erneut abgebaut werden. Er belief sich in-clusive der inneren Darlehen Abfallwirtschaft zum Jahresende 2013 auf **ca. 17 Mio. Euro**.

Ursächlich für diese erfreuliche Entwicklung waren vor allem:

- Der insgesamt freundliche Haushaltsverlauf
- Verzögerungen bei der Umsetzung einzelner Maßnahmen (Hangsicherung KC 23, Altlastensanierung Seelach, etc..)
- Die großzügige Auszahlung von Fördermitteln für die schulischen Generalsanierungsmaßnahmen (> 4 Mio. Euro) und die KC 18.
- In besonderer Weise müssen jedoch die vom Freistaat gewährten **Stabilisierungshilfen** in Höhe von **2 Mio. Euro** genannt werden.

XIV.) Kreisumlage

Kreisumlage: Vergleich Oberfranken Landkreise ohne kreisfreie Stadt	
<ul style="list-style-type: none">• 5 Landkreise ohne kreisfreie Stadt• Vergleichbare <u>Struktur</u> (kein Oberzentrum)• Identischer <u>Bezirksumlage-Hebesatz</u>	
„Vergleichsgruppe“	
⇒ Lichtenfels	
⇒ Kulmbach	
⇒ Forchheim	
⇒ Wunsiedel	
⇒ Kronach	



- 1988 – 2005 ≈ 1,7 Pkt. **über** dem Ø
- 2013
- 3,6 Pkt. **unter** dem Ø

XV.) Allgemeine Rahmenbedingungen:

Die Arbeitsmarktlage kann trotz leichter Eintrübungen (Loewe ?) noch als stabil bezeichnet werden.

Das gemeindliche **Steueraufkommen** hat in den letzten Jahren eine erfreuliche Entwicklung genommen.

Jahr	2010	2011	2012	2013
Gewerbsteuer in Mio €	20,90	24,08	25,18	27,81
Einkommenssteuer in Mio €	24,10	25,20	25,65	27,76
Gesamt (in Mio. €):	45,00	49,28	50,83	55,56
	100,0%	109,5%	112,9%	123,5%

Das **Zinsniveau** ist nach wie vor extrem günstig.

Zudem wurden in den letzten Jahren die **Finanzausgleichs-Leistungen** zugunsten der kleineren Gemeinden mehrfach modifiziert. Beispielhaft seien die stärkere Gewichtung des demografischen Faktors (2012), die Erhöhung des Einwohnerveredlungsfaktors für Gemeinden unter 5.000 Einwohner von 108 % auf 112 % (2013) sowie die dreifache Veränderung der Berechnungsgrundlage für die gemeindlichen Investitions-pauschalen genannt.

All dies sind Rahmenbedingungen, die erwarten lassen, dass die im Jahr 2014 gestellten Herausforderungen zumindest in finanzieller Hinsicht bewältigt werden können.

Um Erreichtes nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen gilt es jedoch weiterhin auf dem „Pfad der Tugend“ zu wandeln, bzw. am Kurs der letzten Jahre festzuhalten. Dies umfasst, dass bei sich abzeichnenden negativen Tendenzen in Einzelbereichen, gegebenenfalls auch nachjustiert werden muss.

Richard Rauh fragte nach den Gründen der Steigerung bei den ÖPNV-Kosten. Günther Daum erläuterte, dass u.a. hier auch die Personalkosten für Frau Morhard, die eigens für die Optimierung des ÖPNV eingestellt wurde, mit enthalten seien.

Albert Rubel äußerte einige für ihn bedenkliche Entwicklungen: So sei z.B. der VHS Zuschuss erneut weniger geworden. Wenn dies so weitergehe, dann könne man sich eine solche Einrichtung nicht mehr leisten.

In letzter Zeit wäre zu beobachten gewesen, dass immer mehr Personal abgebaut und diverse Projektmanager mit Förderungen eingestellt worden seien, wobei sich bei letzteren der Freistaat mit der Zeit zurückziehe, die Projekte aber dennoch am Laufen zu halten seien mit dem Resultat dass der Landkreis auf den Personalkosten „sitzen bleibe“. Dies schlage sich nun in einer Steigerung der Personalkosten, trotz personellem Abbau, nieder.

Peter Hänel gab neben den Kosten für die VHS auch die hohen Kosten für die Berufsfachschule für Musik zu Bedenken. Der Landkreis müsse sich die Frage stellen, ob man sich dies zukünftig noch leisten könne.

Landrat Oswald Marr führte dazu auf, dass wenn man Menschen halten wolle, eine attraktive Region geboten werden müsse, und dies koste eben Geld.

Ingrid Steinhäuser äußerte ihren Unmut darüber, dass seitens des Kämmers immer an den freiwilligen Leistungen gespart werde. Gerade ältere Menschen genießen das vielfältige Kulturangebot in Kronach und ziehen manchmal deswegen auch in diese Region.

Manfred Raum war bei der Abstimmung nicht mit im Raum.

➤ **Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag

- a) die Haushaltssatzung 2014 (Hebesatz mit 44 v. H.) mit Anlagen und
- b) den Finanzplan 2013 – 2017

unter Einarbeitung der in dieser Sitzung beschlossenen Änderungen des vorgelegten Haushaltsentwurfes zu verabschieden

ungeändert beschlossen

Ja 10 Nein 0 Anwesend 10

TOP 5 Vorkaufsrecht der nicht betriebsnotwendigen Grundstücke der Frankwaldklinik - Antrag der Frauenliste

Sachverhalt:

Gemäß § 14 a des Unternehmenskaufvertrages Frankwaldklinik verfügt der Landkreis Kronach für einige kliniknahe, nicht betriebsnotwendige Grundstücke der Frankwaldklinik über ein **Vorkaufsrecht** (zu einem fest definierten Kaufpreis) im **ersten Verkaufsfall**.

Die Frauenliste hat mit Schreiben vom 10.02.2014 beantragt, von diesem Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen, damit ggf. „kliniknahe Einrichtungen oder Dienstleister“ dort angesiedelt werden können. Die Frauenliste ging hierbei vermutlich davon aus, dass es sich beim Klinikverkauf an Helios/Fresenius um den ersten Verkaufsfall im o. a. Sinne handelt.

Die Rechtslage bezüglich des Vorkaufsrechts stellt sich wie folgt dar:

- Ein Anspruch auf Ausübung des Vorkaufsrechts besteht **nur** gegenüber der **Frankwaldklinik Kronach GmbH**, nicht gegenüber dem Rhön-Konzern. Die Ausübung des Vorkaufsrechts durch den Landkreis Kronach setzt einen **Verkaufswillen der Gesellschaft** (= FWK KC GmbH) bezüglich eines oder mehrerer konkreter Grundstücke voraus.

Dies ist hier nicht der Fall.

- Beim Verkauf der Frankwaldklinik von der Rhönklinikum AG an Helios kein Grundstücksverkauf durch die Frankwaldklinik Kronach GmbH ausgelöst. Ein erster Verkaufsfall im Sinne des Unternehmenskaufvertrages liegt damit nicht vor.

1. Das Vorkaufsrecht des Landkreises gemäß § 14 a des Unternehmenskaufvertrages Frankwaldklinik besteht nur gegenüber der Gesellschaft (Frankwaldklinik Kronach GmbH). Beim Erwerb der Frankwaldklinik durch Helios handelt es sich insoweit um keinen ersten Verkaufsfall im Sinne des o. g. Vertrages. Die Ausübung eines Vorkaufsrechts durch den Landkreis Kronach ist insoweit allein aus diesem Anlass nicht möglich.
2. Die Entscheidung über die Ausübung des Vorkaufsrechts gemäß § 14 a des Unternehmenskaufvertrages Frankwaldklinik ist in jedem konkreten Einzelfall vom zuständigen Kreisorgan zu treffen.

ungeändert beschlossen

Ja 11 Nein 0 Anwesend 11

Sachverhalt:

Die Feldgeschworenenvereinigung im Landkreis Kronach, vertreten durch den 1. Vorsitzenden Baptist Vetter, beantragte mit Schreiben vom 11.12.2013 eine Erhöhung der Stundensätze für die Feldgeschworenen um jeweils 1 Euro, d. h. von derzeit

9,50 Euro auf 10,50 Euro für den Feldgeschworenen und
von 10,00 Euro auf 11,00 Euro für den Feldgeschworenenobmann.

Die letzte Gebührenerhöhung trat zum 01.01.2009 in Kraft.
Aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten wird diese angemessene Erhöhung der Gebühren für notwendig erachtet. Die Erhöhung der Stundensätze um 1 Euro wurde zudem im Beschluss der Arbeitsgemeinschaft Oberfranken der Feldgeschworenen für alle Feldgeschworenenvereinigungen in Oberfranken empfohlen.

Kronach, 04.02.2014
Landratsamt

Kenntnis genommen Abteilungsleiter:
Kronach,
Landratsamt

Eisentraudt

Müller

➤ **Beschluss:**

Änderung der Gebührenordnung für die Feldgeschworenen im Landkreis Kronach

Die Gebührenordnung für die Feldgeschworenen im Landkreis Kronach vom 05. Januar 1990 (Amtsblatt des Landkreises Kronach Nr. 2/1990) in der Fassung vom 06.05.1996 (Amtsblatt des Landkreises Kronach Nr. 21/1996) wird wie folgt geändert:

§ 1

§ 2 Nr. 1 der Gebührenordnung des Landkreises Kronach für die Feldgeschworenen im Landkreis Kronach vom 05. Januar 1990 (Amtsblatt des Landkreises Kronach Nr. 2/1990) in der Fassung vom 06.05.1996 (Amtsblatt des Landkreises Kronach Nr. 21/1996) erhält folgende Fassung:

„Die Gebühr wird nach der Dauer der zur vollständigen Erledigung der Dienstleistung notwendigen Abwesenheit des Feldgeschworenen von seiner Wohnung gerechnet; sie beträgt je angefangene Stunde 10,50 Euro für den Feldgeschworenen und 11,00 Euro für den Obmann.“

Der Stellvertreter des Obmannes erhält im Falle der Stellvertretung je angefangene Stunde ebenfalls 11,00 Euro.“

§ 2

Die Änderung der Gebührenordnung tritt ab dem 01.05.2014 in Kraft.

Kronach,
Landratsamt

Oswald Marr
Landrat

ungeändert beschlossen

Ja 11 Nein 0 Anwesend 11

TOP 7 Unvorhergesehenes

Stellvertr. Landrat Gerhard Wunder richtete seinen Dank an Landrat Oswald Marr und Wolfgang Beiergrößlein, die sich unter Ausschöpfung all Ihrer Möglichkeiten für die Rettung von Loewe eingesetzt haben.

Horst Pfadenhauer gab in Sachen Neuordnung der Schullandschaft zu Bedenken, was die Sanierungen der einzelnen Schulen in Kronach in letzter Zeit gekostet haben. Diesen Kostenaufwand solle man bei der Überlegung einer Schulverlagerung in den Norden mit berücksichtigen.

Landrat Oswald Marr teilte dazu mit, dass es sich derzeit lediglich um ein offenes Verfahren handle und zunächst eine Prüfung laufe, ob überhaupt im Norden eine weiterführende Schule etabliert werden könne.

Horst Pfadenhauer informierte über den Erfolg der Abitura in Kulmbach und regte an, dies auch in Kronach durchzuführen.

Des Weiteren wies Pfadenhauer auch darauf hin, dass ein vermehrter Kahlschlag an den Straßen im Landkreis zu beobachten sein. Ihm interessiere deshalb, wie die Vertragsvergabe hier an den Landkreisstraßen laufe, welches Geld hier eingenommen werde und ob dies überhaupt sein müsse.

Landrat Oswald Marr versprach, dies in einer der nächsten Sitzungen darzustellen zu lassen.

TOP 8 Anfragen und Sonstiges

Landrat Oswald Marr bedankte sich beim Gremium für die gute Zusammenarbeit in der sich nun dem Ende zuneigenden Legislaturperiode. Ein Dank wurde auch an die Presse für Ihre Berichterstattung gerichtet.

Um 11:55 Uhr schließt Landrat Oswald Marr die Sitzung des Kreisausschusses.

Oswald Marr
Landrat

Sonja Welsch
Schriftführer/in